

## **Antrag A5**

**Antragssteller\*innen:** Die Linke Neukölln, Die Linke Steglitz-Zehlendorf, Daniel Kipka-Anton (Delegierter, Neukölln), Ferat Koçak (Mda, fluchtpolitischer Sprecher), Deike Janssen (Ersatzdelegierte, Mitte), Niklas Graßmann (Delegierter, Mitte), Susanne Dzeik (Die Linke Kreuzberg), Lukas Burger (Ersatzdelegierter, Neukölln), Nils Laubach (Delegierter, Neukölln), Erik Legat (Delegierter, Neukölln), Nadine Haske, (Delegierte, Neukölln), Caroline Hügelin (Delegierte, Neukölln), Barbara Heinrich (Ersatzdelegierte, Neukölln), Antigoni Ntonti (Delegierte, Neukölln), Antonia Heinrich (Ersatzdelegierte, Neukölln), Anja Zech (Ersatzdelegierte, Neukölln), Anke Wagner (Ersatzdelegierte, Neukölln)

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **1 Schutz für palästinensische Geflüchtete**

2 Die Linke setzt sich im Abgeordnetenhaus und darüber hinaus dafür ein, dass Geflüchtete aus Gaza  
3 und dem Westjordanland umgehend Asyl in Berlin erhalten. Wir fordern die Einrichtung eines  
4 speziellen Landesaufnahmeprogramms mit zusätzlichen Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen  
5 und die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen für Palästinenser\*innen, um sie vor Abschie-  
6 bung zu schützen und ihnen eine sichere Zukunft in Berlin zu ermöglichen.

7 Wir fordern zudem die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken die bisherige Praxis des BAMF  
8 zu beenden, nachdem entsprechende Asylanträge nicht behandelt werden, weil die Lage in Gaza  
9 zu unübersichtlich sei.

10 Die Linke Berlin unterstreicht diese Forderung durch begleitende Social Media-Arbeit, darunter  
11 Videos und Sharepics, sowie Flyer(vorlagen) und ggf. weiteres Material.

### **12 Begründung:**

13 Die Lage in den palästinensischen Gebieten ist katastrophal, ganz besonders, aber nicht aus-  
14 schließlich im Gazastreifen. Die monatelange, genozidale Kriegsführung Israels hat nicht nur zu  
15 mehreren zehntausenden Toten geführt, sondern auch zur Zerstörung der Lebensgrundlage des  
16 allergrößten Teils der Bevölkerung. Mehrere UN-Organisationen dokumentieren in einem Bericht  
17 aus dem März dieses Jahres nicht nur von zwei Millionen Vertriebenen, sondern auch davon, dass  
18 bereits zum damaligen Zeitpunkt 2,13 Millionen Einwohner\*innen von akutem Hunger bedroht  
19 waren, eine Zahl, die sich weiter verschärft haben dürfte. Neben Bombardierung, Zerstörung, Ver-  
20 treibung und Hunger ist die Bevölkerung inzwischen durch begleitende Krankheiten bedroht. So  
21 wurde in Abwässern inzwischen das Polio-Virus nachgewiesen. Durchfallerkrankungen, Hautaus-  
22 schläge, Hepatitis A tauchen massiv auf, ganz zu schweigen von der mentalen Belastung durch den  
23 Verlust von Angehörigen und durch die ständige Bedrohung durch militärische Gewalt selbst  
24 schwer verletzt oder getötet zu werden. Gleichzeitig wurden bestehende Gesundheitseinrichtun-  
25 gen massiv zerstört.

26 Diese Lagebeschreibung wird von dutzenden Hilfsorganisationen, Menschenrechtsgruppen und  
27 staatlichen Organisationen im Wesentlichen geteilt. Trotzdem stellt das Bundesamt für Migration  
28 und Flucht (kurz: BAMF) die Lage als unübersichtlich dar und lehnt es dementsprechend ab, Asyl-  
29 verfahren für Menschen aus den palästinensischen Gebieten einzuleiten. Den Geflüchteten blei-  
30 ben maximal Kettenduldungen mit den entsprechenden Einschränkungen.

31 Auch wenn das Land Berlin keine direkte Einflussmöglichkeit auf die Entscheidungen des BAMF  
32 hat, müssen wir Druck auf den Senat machen, sich auf Bundesebene für ein deutlich erleichtertes  
33 Asylverfahren für Palästinenser\*innen einzusetzen. In Berlin sollten wir uns für ein unbürokrati-  
34 sches Landesaufnahmeprogramm einsetzen.

35 Als Linke Berlin haben wir uns richtigerweise für möglichst unbürokratische und schnelle Asyl-  
36 Lösungen für Geflüchtete aus anderen Krisenregionen eingesetzt, zum Beispiel für die vielen Ge-  
37 flüchteten nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Dieser Einsatz muss konsequenter-  
38 weise auch für palästinensische Geflüchtete gelten. Mit diesem Beschluss würden wir uns die For-  
39 derung von Flüchtlingsräten aus verschiedenen Bundesländern zu eigen machen, unter anderem  
40 auch der des Berliner Ablegers.